

5/SN-292/ME

5/SN-292/ME XVIII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original)

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 2060
Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr
Wien 1, Herrngasse 11 - 13

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

zu erreichen mit:
U 3 (Haltestelle Herrngasse)
2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-3667/19

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug
47.010/4-8/1992

Bearbeiter
Dr. Wagner

(0 22 2) 531 10

Durchwahl
2197

Datum

3. Nov. 1992

Betrifft

Änderung des Verbrechensopfergesetzes

Die NÖ Landesregierung beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den Entwurf einer Änderung des Verbrechensopfergesetzes keine Einwendungen grundsätzlicher Natur erhoben werden.

Zu Z. 1 darf im Interesse der Verständlichkeit angeregt werden, den Begriff "Ausländer" zu vermeiden. Einfacher umschrieben wäre der Kreis der Berechtigten durch die Formulierung: "Hilfe ist österreichischen Staatsbürgern und Staatsbürgern von Vertragsparteien des Übereinkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zu leisten ..."

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

St. Mayer

Bewilligungsgesetzentwurf	
Zl.	126-00/19 P2
Datum: 10. NOV. 1992	
Verteilt 12. Nov. 1992 Bo	

LAD-VD-3667/19

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

